

Vereinigtes Königreich

HELEN WALLACE

Außergewöhnliche Ereignisse prägten sowohl die britische Europapolitik als auch die Politik Europas gegenüber Großbritannien. Eine Regierung, die ihr Selbstvertrauen und auch das Vertrauen der Wähler verloren hatte, bemühte sich, Beständigkeit und eine einheitliche Linie in ihre Europapolitik zu bringen, jedoch ohne Erfolg. „New Labour“, angeführt von dem dynamischen und ehrgeizigen Tony Blair, wartete im Hintergrund nur darauf, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und versicherte wiederholt, daß ihre Europapolitik anders und weniger kontrovers konzipiert sei. Gleichzeitig entwickelte sie sehr großes Geschick, zu keinem der wichtigen kontroversen Punkte eindeutig Stellung zu beziehen, um ihre Chancen in dem bevorstehenden Wahlkampf nicht zu schmälern.

In der Europäischen Union waren die Reaktionen auf die britische Europapolitik differenziert. Ein Rest Anerkennung der relativ starken Stellung Großbritanniens in Europa verbunden mit der grundsätzlichen Akzeptanz einer anderen Europapolitik einer neuen Regierung veranlaßte Politiker auf dem Festland, die Türen nach Europa für neue Stimmen nach dem Ausgang der Wahl offenzuhalten. Das Timing des Europäischen Rates in Amsterdam nach der Wahl in Großbritannien zog zwingend eine Verzögerung des „Endspiels“ der Regierungskonferenz nach sich. Andererseits zeichnete sich auch eine deutliche Veränderung in der Einstellung und Politik von Großbritanniens EU-Partnern ab. Aufkommende Frustration über die Unberechenbarkeit der britischen Politik war bereits während der langwierigen Diskussionen über die Wirtschafts- und Währungsunion und die irritierenden, 1994 zum Kompromiß von Ioannina führenden Ereignisse akzentuiert worden. Diese Frustration gipfelte 1996 in der Auseinandersetzung über BSE und der daraus resultierenden britischen Blockadepolitik im Rat der Europäischen Union.

Abstieg einer Regierung

Zu Beginn des Jahres 1996 befand sich die konservative Regierung in bezug auf ihre Europapolitik in der Defensive. Auf allen Parteiebenen – im Kabinett, in der Fraktion sowie unter den Mitgliedern – wurde ein scharfer Streit sowohl über die WWU und einen adäquaten britischen Standpunkt dazu als auch über die zukünftige grundsätzliche Linie der Partei ausgetragen. „Europa“ war die Testfrage für die konkurrierenden Lager: für die Optimisten, die an einen weiteren Wahlsieg glaubten und für die Pessimisten, welche die Partei aus der unmittelbar bevorstehenden Wahlniederlage in eine bessere Zukunft hinüberführen wollten. Da John Major theoretisch jederzeit die Wahl ansetzen konnte, der Zeitpunkt der Wahl also erst wenige Wochen vorher bekannt werden würde, hatte der Wahlkampf effektiv

bereits Anfang 1996 begonnen. Ein Premierminister mit einem anderen Temperament und Führungsstil hätte vermutlich anders reagiert. John Major war jedoch nicht der Mann, der eine eigene, feste Meinung vertrat und dadurch seine Parteifreunde in seinen Bann zog, er tendierte vielmehr dazu, einen Kompromiß zu suchen, in der Hoffnung, damit die konkurrierenden Blöcke der Partei zu vereinen.

Instabilität und Wechselhaftigkeit charakterisierten schon lange die britische Europapolitik. Eine Kombination aus grundsätzlichen Fragen (WWU und Regierungskonferenz) und zufällig auftauchenden spezifischen politischen Problemen stellte die Einheit der Partei und die Glaubwürdigkeit der Regierung auf die Probe; außerdem ließen die Euroskeptiker keine Gelegenheit aus, um Europa zum allumfassenden Sündenbock zu machen. In diesen Kontext ist auch die BSE-Problematik einzuordnen.

Das Schattenkabinett

„New Labour“ betrieb gleichzeitig eine außerordentlich klar definierte und konzentrierte Wahlkampagne. Das Hauptanliegen der Berater um Tony Blair war, das Vertrauen in das neue Labour Team zu festigen, ein Team, welches fähiger und effektiver arbeiten würde als eine dekadente konservative Regierung, das sich jedoch in vielen politischen Fragen – vor allem der Wirtschafts- und Außenpolitik – ähnlich verhalten würde wie die Konservativen. Auf keinen Fall wollte die strategische Planungsgruppe den Eindruck erwecken, daß die Partei Europa gegenüber zu nachgiebig sein oder nationale britische Interessen nicht nachdrücklich genug vertreten würde. Diesem weit verbreiteten Eindruck versuchte die Labour Führung entgegenzuwirken, indem sie der Geschäfts- und Finanzwelt und dem britischen Wähler glaubwürdig versicherte, daß die Partei sowohl marktwirtschaftliche Deregulierungen ermutigen als auch bestimmte britische Belange unumstößlich verteidigen würde. Nur in bezug auf die Sozialcharta bezog „New Labour“ unmißverständlich Stellung, zu jeder anderen Frage äußerte sie sich betont vorsichtig und blieb so vage wie möglich. Die Labour Party versicherte, daß sie sich für die Regierungsübernahme qualifiziert habe, nicht zuletzt, da sie in Verhandlungen über europäische Probleme wesentlich effektiver auftreten würde als die amtierende Regierung. So war es schwierig, vorherzusagen, welche Position eine etwaige Labour Regierung in Einzelthemen der Regierungskonferenz einnehmen würde und ob diese Labour Regierung eine frühe Teilnahme an der Währungsunion in Betracht ziehen würde. Je mehr Zeit verging, desto vorsichtiger wurde Labour in ihren Äußerungen.

WWU – Brennpunkt der Kontroverse

Eindeutig erhitze die Diskussion um die Wirtschafts- und Währungsunion die Gemüter der Konservativen am meisten. Die pro-europäischen Mitglieder der konservativen Regierung, angeführt von Schatzkanzler Kenneth Clarke, waren entschlossen, sich eine Option für den britischen Beitritt zur dritten Stufe der

Währungsunion offenzuhalten. Es kursierte sogar das Gerücht, daß Clarke zurücktreten würde, sollte die Option nicht beibehalten werden. Auf der anderen Seite verlangten die Euroskeptiker eine verbindliche Zusage, daß ein Beitritt zur WWU nicht in Frage komme. John Major versuchte, eine Übereinkunft zu erzielen, daß eine Entscheidung erst sehr viel später und auch nur nach einem Referendum gefällt werden sollte. Es erwies sich jedoch als schwierig, diese Hinhaltetaktik in einem Jahr beizubehalten, in dem sich auf dem europäischen Kontinent die Diskussion nicht mehr nur um das „Ob“, sondern um das „Wie“ der dritten Stufe der WWU drehte. Es wurden bereits ganz konkrete Fragen erörtert, wie die Vorbereitung der Einführung einer einheitlichen Währung und welche Anstrengungen Italien und Spanien noch unternehmen müßten, um die Chance einer Teilnahme an der WWU nicht zu verspielen.

Für die beiden Blöcke der konservativen Partei war die WWU zur Gretchenfrage geworden – und zur Basis, auf der das gesamte europäische Projekt beurteilt wurde. Im Laufe des Jahres wurde es immer schwieriger, die Politik des Abwartens beizubehalten, da unter den anderen Mitgliedstaaten die Unterstützung für eine einheitliche Währung so stark zuzunehmen schien. Die in Maastricht erkämpfte Möglichkeit des opt-in konnte die Konservativen nicht vor selbstzerstörerischen, inneren Konflikten bewahren.

Eine ähnliche, doch wesentlich weniger erbitterte Diskussion wurde in der Labour Party geführt. Die Meinungen reichten vom pro WWU-Lager um Gordon Brown, dem Schatzkanzler des Schattenkabinetts, bis zu dem Lager der Unentschlossenen, offensichtlich vertreten durch Robin Cook, dem Schatten-Außenminister. Es gelang der Labour Party jedoch, eine offene Konfrontation innerhalb der Partei zu umgehen, indem sie den Augenblick der Entscheidung hinauszögerte und damit eine frühe Teilnahme an der dritten Phase ziemlich unwahrscheinlich machte. Wie John Major wandte auch Tony Blair eine Hinhaltetaktik an, wie John Major versprach auch er – um potentielle Kontroversen zu vermeiden – eine Volksbefragung zu dem Thema; der einzige Unterschied war, daß er in seiner Partei mit dieser Methode Erfolg hatte.

Vorbereitungen für die Regierungskonferenz

In Anbetracht des Ausmaßes der Kontroverse um EU-Angelegenheiten und vor allem um die WWU befanden sich die Konservativen in einer schwierigen Position in bezug auf die Agenda der Regierungskonferenz. Sie mußten jede weitere Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene ablehnen und konnten nur marginalen institutionellen Reformen zustimmen. Die diversen Reden und Positionspapiere, die verfaßt wurden, hatten alle das Ziel, ein Höchstmaß an Handlungsfreiheit zu erhalten, entweder durch ein Insistieren auf dem Konzept „Partnerschaft der Nationen“, das heißt größtmögliche intergouvernementale Zusammenarbeit, oder durch die Betonung der britischen Einzigartigkeit bezüglich sozialer Fragen, der Währungsunion, Grenzkontrollen und Verteidigung in einem 'flexiblen' Europa.

Der britische Widerstand gegenüber Reformen war so rigoros und so unumstößlich, daß die anderen Mitgliedstaaten mit den Tagesordnungspunkten der Regierungskonferenz kaum vorankamen und einige sich – wie schon zu früheren Zeitpunkten – bei einer ganzen Reihe von Einzelproblemen hinter der voraussagbaren britischen Opposition verstecken konnten.

Diese extreme Haltung der Konservativen erleichterte der Labour Party ihre Aufgabe wesentlich, zumindest so lange sie in der Opposition war. Gegenüber anderen Mitgliedstaaten setzte sie sich durch kleine Bekenntnisse der Unterschiedlichkeit von den Konservativen ab. Sie gab zum Beispiel zu verstehen, daß sie bescheidene und stufenweise Reformen der ersten Säule der EU unterstützen würde, wobei sie jedoch bei der zweiten oder dritten Säule wenig verhandlungsbereit wäre. Sie gab zu erkennen, daß sie sich einem konstruktiven Dialog mehr öffnen würde, versprach jedoch keinesfalls revolutionäre Veränderungen in der britischen Politik. Die Glaubwürdigkeit der Labour Party wurde unterstützt durch ein Team von fähigen Europaabgeordneten, die im Europäischen Parlament eine aktive und effektive Rolle spielten und die in der Lage waren, eine Verbindung zwischen den Diskussionen in Großbritannien und auf dem europäischen Festland herzustellen.

Die BSE-Problematik

Seit Ende der achtziger Jahre schwelte der BSE-Konflikt zwischen den europäischen Mitgliedstaaten und England, da der BSE-Virus bei englischen Rindern ungleich häufiger auftrat beziehungsweise häufiger gemeldet wurde als bei Rindern in anderen europäischen Staaten. Weder Humanmediziner noch Veterinäre waren sich über den Charakter der Krankheit und den Übertragungsmechanismus einig und infolgedessen war niemand in der Lage, das Risiko richtig einzuschätzen. 1996 nun erschien ein wissenschaftlicher Bericht, der den Beweis für eine Verbindung zwischen der Rinderseuche BSE und der menschlichen Erkrankung Creutzfeld-Jakob-Syndrom (CJS) zu erbringen schien. Bei CJS handelt es sich um eine zwar relativ seltene, aber zum Tode führende Erkrankung, die nach Meinung der beteiligten Wissenschaftler durch den Verzehr von infizierten Rindfleischprodukten verursacht werden kann. Der Veterinärausschuß der Europäischen Gemeinschaft untersagte daraufhin jeglichen Export von britischem Rindfleisch und Rinderderivaten.

Die BSE-Krise brachte die schlimmste Seite der britischen Europapolitik zum Vorschein. Natürlich entbehrte die Meinung, daß der Kontinent auf das Problem überreagiert hatte, nicht einer gewissen Berechtigung, nur hatte die Regierung auch nichts unternommen, um das gegenseitige Vertrauen zu festigen. Das Ausmaß des Exportverbotes, das über die britische Rindfleischindustrie verhängt wurde, mag übertrieben gewesen sein, andererseits war die Intensität der Reaktion eine heilsame Erinnerung an die Grenzen dessen, was die Öffentlichkeit bereit war, in bezug auf Lebensmittelhygiene und Nahrungsmittelstandards – zwei höchst sensible

Bereiche des Binnenmarktes – zu tolerieren. Um das Verbot aufzuheben, hätte es geschickter und geduldiger Diplomatie bedurft. Die britische Regierung entschied sich jedoch für eine Politik der direkten Konfrontation und verkündete, daß sie im Rat bei allen Fragen, die eines einstimmigen Votums bedurften (selbst bei denen, die mit der britischen Politik übereinstimmten), bis zur Aufhebung des Exportverbotes eine Blockadepolitik betreiben würde. Für das Treffen des Europäischen Rates im Juni 1996 in Florenz war eine Kollision somit vorprogrammiert. Eine nervöse und schlecht vorbereitete Labour Opposition billigte dieses Vorgehen sogar im Unterhaus, um sich nicht dem Vorwurf unpatriotischen Verhaltens auszusetzen. Nur durch mühsame Verhandlungen hinter den Kulissen gelang es in Florenz, eine Formel für das stufenweise Aufheben des Verbotes zu finden, im Gegenzug für das Schlachten britischer Rinder bestimmter Jahrgänge. In der Handhabung der BSE-Problematik bewies die britische Regierung einen gravierenden Mangel an politischem Gespür; außerdem wurde das Ausmaß des Vertrauensverlustes der europäischen Partner sehr deutlich.

Auf der Suche nach Sündenböcken

Seit dem Beitritt zur EG war in Großbritannien die Fischereipolitik abgelehnt worden. Die Problematik, die sich 1996 zuspitzte, war das sogenannte 'Quotenspringen'. Traditionsgemäß war die britische Haltung zu Fischfanglizenzen und zur Handelsschiffahrt immer sehr liberal gewesen. Ende der achtziger Jahre verabschiedeten die Briten jedoch Gesetze, die bestimmte Fischfanglizenzen nur britischen Fischern gewährten, eine Maßnahme, die sich ausschließlich gegen spanische Fischer richtete, deren Boote in britischen Häfen registriert waren. Der Europäische Gerichtshof verurteilte diese Gesetzgebung als mit dem europäischen Recht unvereinbar und verfügte im März 1996, daß Spanier, die in England registrierte Boote besaßen, auf Schadenersatz für die Jahre 1988-90 klagen konnten (siehe *Factortame-Urteile*). Die britische Regierung antwortete auf dieses Urteil mit der Ankündigung, sie werde in der Regierungskonferenz Vertragsbestimmungen erwirken, die eine Bevorzugung britischer Fischer explizit sicherstellen. Als die Europäische Kommission im Sommer 1996 strikte Bestimmungen zur Erhaltung der stark dezimierten Fischbestände erließ, wurde die Diskussion noch verschärft. Während des Wahlkampfes im Frühjahr 1997 verkündeten die Konservativen, daß sie in der Regierungskonferenz keinen neuen Vertrag unterzeichnen würden, ohne daß vorher die Fischereifrage geklärt wäre. Die Labour-Regierung schwächte diese Aussage ab, indem sie die Fischereifrage aus dem Programm der Regierungskonferenz herausnahm, jedoch bekräftigte, daß sie sich um eine Lösung der praktischen Probleme bemühen werde.

Arbeitszeiten und Arbeitsmarktkosten

Die Auswirkungen der in den Maastrichter Verhandlungen angestrebten europäischen Harmonisierung der Sozialpolitik waren der britischen Politik sehr suspekt

erschieden und gipfelten in der Ausnahmeklausel zur Sozialcharta für Großbritannien beim Abschluß des Maastrichter Vertrages über die Europäische Union. In diesem Punkt bewies die konservative Partei seltene Einigkeit und stellte ihre Position zudem in starken Gegensatz zu der Labour Party. Um ihr Vertrauen in die Vorteile eines flexiblen Arbeitsmarktes in Großbritannien zu demonstrieren, lehnte die Regierung die EU-Verfügung ab, die Arbeitswoche auf 48 Stunden zu begrenzen. Im November 1996 entschied der Europäische Gerichtshof, daß diese Verfügung durchaus auch für Großbritannien gelte. Dies löste bei den Konservativen Irritationen aus, obwohl ihnen bekannt sein mußte, daß viele britische Firmen diese und andere europäische Sozialvorschriften in ihren Betrieben schon lange eingeführt hatten. Für die Konservativen und besonders ihr immer lauter werdendes Lager der Euroskeptiker bekräftigte dieses Urteil ihr bereits starkes Ressentiment gegen die Macht des EuGH. Die Europapolitik der Labour-Regierung war in diesen sozialen Fragen ganz eindeutig, und so überraschte es auch niemanden, daß Blair im Mai 1997 bekanntgab, daß Großbritannien so bald wie möglich die Sozialcharta übernehmen würde. Nichtsdestoweniger machte Labour keinen Hehl daraus, daß die Partei eine größere Ausweitung der europäischen Arbeitsmarktmaßnahmen nicht unterstützen würde.

Die Wahl im Mai 1997

Während des Wahlkampfes – die Wahl war schließlich doch erst für Mai 1997 angesetzt worden – kam der europäischen Frage nur insofern eine gewisse Bedeutung zu, als sie ein Beispiel für die unterschiedlichen Einstellungen der Parteien war. Bei Meinungsumfragen nahm die europäische Frage in der Prioritätenliste der Wähler eine ziemlich nachrangige Stellung ein (an sechster oder siebter Stelle nach Wirtschafts-, Gesundheits-, Erziehungs- und Steuerfragen). Die Labour Party führte ihren Wahlkampf unter dem Gesichtspunkt, ihre Glaubwürdigkeit und Kompetenz als zukünftige Regierung unter Beweis zu stellen und nicht, um einzelne politische Standpunkte zu erläutern. In ihrem Manifest wiederholte sie die Aussagen der Konservativen über ein Europa der „unabhängigen Nationen“, sprach sich allerdings auch für eine wesentlich konstruktivere Teilnahme und sogar Übernahme einer Führungsrolle aus. Insbesondere befürwortete sie die Vollendung des Gemeinsamen Marktes, die Osterweiterung, eine Agrarreform, eine höhere Transparenz und weitere Demokratisierung der Institutionen, die Übernahme der Sozialcharta sowie die Beibehaltung des Vetorechtes zum Schutz nationaler Interessen auch in den Bereichen der zweiten und dritten Säule. Eine Entscheidung bezüglich der Wirtschafts- und Währungsunion wurde verschoben. Die Liberaldemokratische Partei, die seit langem als die pro-europäischste Partei gegolten hatte, sprach sich noch expliziter für eine Stärkung der EU-Strukturen und der Europapolitik aus, wobei sie den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion einschloß. Gefühlsmäßig waren viele Parteimitglieder dem föderalistischen Gedanken eng verbunden, auch wenn dieser in der offiziellen Parteisprache explizit nicht so dargestellt wurde.

Die Konservativen, die sich in der Defensive befanden, plädierten für ein Europa der unabhängigen Staaten, die sich zwar der Liberalisierung des Marktes öffnen, in der Koordinierung nationaler Politik jedoch autonom sind. Die Betonung lag im Wahlkampf auf dem Aufbau eines flexiblen und nicht restriktiven Europas mit verringerten Kompetenzen für den Europäischen Gerichtshof und verstärkter Souveränität für die nationalen Parlamente. In bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion propagierten die Konservativen eine sorgfältig formulierte „wait-and-see“-Haltung und stellten als zusätzliche Sicherheit ein Referendum zu dem Thema in Aussicht; außerdem versuchten sie, die großen Oppositionsparteien als unzulängliche Verfechter nationaler Interessen abzuqualifizieren. Nichtsdestoweniger fühlten sich 150 konservative Kandidaten herausgefordert, in ihren eigenen Wahlkreisen Manifeste mit wesentlich extremeren und euroskeptischen Inhalten zu verbreiten. Diese spiegelten entweder die Ansichten individueller Kandidaten oder die der örtlichen Parteiorganisation wider; sicher standen sie auch unter dem Einfluß der im Herbst 1996 aufgetretenen „Referendum Partei“, die von dem reichen Geschäftsmann James Goldsmith geführt wurde, der bereits in Frankreich als Europaabgeordneter gewählt worden war. Die Konservativen mußten den Verlust eines Teils ihrer Wähler an diese anti-europäische Partei in Betracht ziehen.

Die Labour Party gewann die Wahl mit einer überwältigenden Mehrheit von 419 Abgeordneten (Konservative: 165; Liberaldemokraten: 46; andere: 29). Sie erhielt jedoch nicht die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen (Labour: 44%; Konservative: 31%; Liberaldemokraten: 17%; andere: 7%). Die Referendum Partei erhielt 3% der abgegebenen Stimmen – nach Ansicht einiger Beobachter genug, um der Konservativen Partei ernsthaften Schaden zugefügt zu haben, während andere die Meinung vertraten, daß sie ihre Stimmen gleichmäßig aus allen politischen Lagern erhalten habe. Unter den Verlierern waren einige konservative Minister, wie zum Beispiel Michael Portillo (Verteidigungsminister) und Malcolm Rifkind (Außenminister). Obwohl die europäische Frage im Wahlkampf und vor allem in den persönlichen Bekenntnissen konservativer Kandidaten eine Rolle gespielt hat, waren es wohl andere Probleme, welche die Wähler beeinflussten. Es war weniger eine generelle Euro-Skepsis, als die Widersprüchlichkeit der konservativen Politik in Europa während der letzten Jahre, die in nicht unerheblichem Maße dazu beigetragen hat, den Eindruck zu verstärken, daß die Regierung ihr Profil verloren habe. Die Höhe der konservativen Niederlage veranlaßte John Major, sofort von seinem Amt als Parteivorsitzender zurückzutreten, so daß ein Vakuum in der Führung entstand und der Kampf um die Nachfolge entbrannte.

„New Labour“ – eine neue Regierung, eine neue Politik?

Als die neue Regierung die Regierungsgeschäfte übernahm, hatte sie nur sehr wenig Zeit, um ihre Verhandlungsposition für die Amsterdamer Regierungskonferenz zu definieren, und sehr wenig Spielraum, um zu entscheiden, ob ein früher Beitritt zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion möglich sein würde.

Da die Labour Partei wiederholt versprochen hatte, ein Referendum zu diesem Thema abzuhalten, schien es unwahrscheinlich, daß sie sich in diesem Stadium festlegen würde. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Regierung extrem schnell handelte, um der Bank von England mehr Unabhängigkeit zu verschaffen. Was die Regierungskonferenz betraf, signalisierte Labour, daß sie konstruktive Abmachungen treffen wolle, daß sie der Sozialcharta beitreten würde und daß sie einige institutionelle Reformen durchaus tolerieren würde. Zum Problemkreis um die zweite Säule war sie bereit, eine pragmatische Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu akzeptieren, bekräftigte jedoch den bisherigen britischen Standpunkt, daß eine Eingliederung der Westeuropäischen Union in die Europäische Union nicht in Frage käme. Zu Fragen der dritten Säule zeigte sie sich gesprächsbereit und offen, Voraussetzung war allerdings eine Garantie der britischen Autonomie bei den Grenzkontrollen. Insgesamt war der Tenor aller Äußerungen ermutigend und der Grad der Übereinstimmung in der neuen Regierung vielversprechend. Allerdings wurden die Bemühungen, eine konstruktive und allgemein anerkannte Rolle in Europa zu übernehmen, leider immer noch durch die Betonung nationaler Interessen überlagert und in den Schatten gestellt.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Christine Green, freie Übersetzerin, Oldenburg.

Weiterführende Literatur

- Conservative Central Office: You can only be sure with the Conservatives, London 1997.
- Denman, Roy: Missed Chances: Britain and Europe in the Twentieth Century, London 1996.
- George, Stephen: The Approach of the British Government to the 1996 Intergovernmental Conference of the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 1 (1996), S. 45-62.
- HMG: A Partnership of Nations: The British Approach to the European Union Intergovernmental Conference 1996, London, März 1996.
- House of Commons, Foreign Affairs Committee, various reports and minutes of evidence, sessions 1995/6 and 1996/7, London HMSO, 1996 und 1997.
- House of Lords, Select Committee on the European Communities, various reports, sessions 1995/6 and 1996/7, London: HMSO, 1996 und 1997.
- The Labour Party: New Labour: because Britain Deserves Better, London 1997.
- The Liberal Democrats: Make the Difference: the Liberal Democrat Manifesto, London 1997.
- Urban, George R.: Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher, London 1996.
- Vibert, Frank: Structured Flexibility in the European Union, London, European Policy Forum, 1996.
- Wallace, Helen: L'approche britannique de la CIG de 1996, in: *Politique Etrangère* 1 (1996), S. 49-60; die deutsche Übersetzung erscheint demnächst in einem Buch, das von Rudolf Hrbek herausgegeben wird.
- Wallace, Helen: At odds with Europe, in: *Political Studies*, 1997 (i.E.).